

Artikel vom 04.02.2011
EU-Wirtschaftspakt «Kooperieren oder scheitern»

Von news.de-Redakteur Ralf Knüfer

Beim EU-Gipfel in Brüssel trägt Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Pläne für einen Wirtschaftspakt der Euro-Staaten vor. Ihr Ziel: den Euro stabilisieren. *News.de* sprach mit dem Soziologen Ulrich Beck über die Pläne der Bundeskanzlerin und die Krise der EU.

Herr Beck, Sie haben kürzlich von einer Existenzkrise der EU gesprochen. Wie schlimm steht es?

Beck: Die Europäische Union ist ein anderer Name für Krise. Es kriselt in der EU eigentlich immer. Aber in der Tat haben wir in diesem Jahr eine besondere Situation. Die Mitgliedsregierungen der Europäischen Währungsunion stehen vor der Entscheidung, die Lebenslügen der nationalen Politik über Bord zu werfen oder das Experiment Europa scheitert. Deswegen muss die Gründungsidee der EU wiederbelebt werden – Friedenspolitik durch wirtschaftliche Verflechtung in Europa.

Was sind die Lebenslügen der nationalen Politik?

Beck: Wir denken Deutschland immer als abschließbaren Machtcontainer. Dabei gelten die wichtigen Merkmale eines Nationalstaats für Deutschland gar nicht mehr. Deutschland hat keine eigenen nationalen Grenzen, sondern europäische Grenzen. Deutschland hat keine eigene Währung, sondern eine europäische Währung. Deutschland und Europa sind verwoben, auch durch eine Schlüsselinstitution, das europäische Recht. Ein Zurück zur nationalstaatlichen Idylle ist eine Illusion. Deutschland wie alle anderen europäischen Länder sind nur in der europäischen Synthese handlungsfähig.

Warum fällt es der Politik dennoch so schwer, die aktuellen Probleme transnational in den Griff zu bekommen?

Beck: Die Wahlen sind nach wie vor nationalstaatlich programmiert. Gleichzeitig haben wir es aber zunehmend mit transnationalen Problemlagen zu tun - vom Klimawandel über die globale Finanzkrise bis hin zur Eurokrise - , auf die eine nationale Politik keine angemessene Antwort mehr zu geben weiß.

Was ist zu tun?

Beck: Es bedürfte einer politischen Initiative, die zeigt, dass soziale Sicherheit nur durch europäische Solidarität möglich ist. Das könnte wiederum einer politischen Partei oder einer politischen Koalition den Durchbruch bei den Wählern bringen. Als Beispiel kann die Ostpolitik Willy Brandts dienen. Die hatte damals auch viele Gegner und wurde entwickelt vor dem Hintergrund einer transnationalen Bedrohung, dem Atomkrieg.

Wenn sich jetzt in Brüssel die Staats- und Regierungschefs treffen, stellt Angela Merkel ihre Pläne für einen Wirtschaftspakt der Eurozone vor. Bislang hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Euro-Zone immer abgelehnt. Wie erklären Sie sich ihren Stimmungswandel?

Beck: Ihr Stimmungswandel ist durch eine Erfahrung zu erklären. Die Politik steht vor einem kosmopolitischen Imperativ: kooperieren oder scheitern! Oder noch weiter zugespitzt: Kant oder Katastrophe! Es ist ein Lernprozess. Entweder wird der nächste politische Schritt getan oder die Union verkümmert und beschädigt damit auch das eigene Land.

Wie beurteilen Sie die Pläne von Angela Merkel?

Beck: Der Euro kann mit all den Krisen, die er erzeugt, dafür sorgen, dass die Staaten einer politischen Union näher kommen. Der Schritt, der Angela Merkel jetzt vorschwebt, ist ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn er ziemlich spät kommt. Er hat aber auch eine negative Seite. Unter dem Eindruck der Euro-Krise reagiert Angela Merkel wie ein George W. Bush auf die Terroranschläge des 11. September, sie agiert unilateral statt multilateral. Sie versucht, einen deutschen Euro-Nationalismus nach dem Vorbild deutscher

Stabilitätspolitik durchzusetzen. Es ist ein Europa per Diktat, und das rührt bei den europäischen Nachbarn an einen empfindlichen Nerv: Droht ein deutsches Europa?

Halten Sie die Pläne dennoch für durchsetzbar?

Beck: Ja. Ich halte die Pläne einer Erweiterung der politischen Union für durchsetzbar, gerade unter den Bedingungen der Krise, wenn sie nicht mit dem Vorzeichen eines deutschen Diktats vorgetragen werden.

Reicht das, um die Krise des Euro beherrschbar zu machen?

Beck: Nein, die Europäische Union muss sich entscheiden, Staaten zu retten und nicht nur Banken. Die Idee der Eurobonds des luxemburgischen Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker geht in die richtige Richtung. Europäische Solidarität und die Verantwortung der einzelnen Staaten müssen dabei in eine vernünftige Balance gebracht werden. Solidarität bedeutet, dass die Staaten zunächst wieder handlungsfähig gemacht werden, um ihre eigenen Probleme anzugehen. Ein zweiter Schritt wäre ein europäischer Haushalt, der nicht über Leistungen der nationalen Mitgliedsländer finanziert würde, sondern über Steuern. Denkbar ist eine europäische Finanztransaktionssteuer, die trotz internationalen Widerstands durchgesetzt werden könnte. Die EU hätte dadurch zum Nutzen der Nationalstaaten mehr Handlungsspielraum. Ein dritter Punkt scheint mir wichtig, um Europa aus der neoliberalen Ecke herauszuholen und für die Bevölkerung attraktiv zu machen. Das ist ein «Europa der Arbeitnehmer», in dem nicht nur der Markt zählt, sondern auch soziale Sicherheit als Ziel verfolgt wird. Die Formel könnte lauten: soziale Sicherheit durch europäische Solidarität. Ein solches Modell, auch wenn es nicht direkt umsetzbar ist, könnte eine eigene Faszination entwickeln. Viele Menschen, die jetzt noch skeptisch Europa gegenüberstehen, könnten erkennen, warum ein politisches Europa für sie selbst wichtig ist.

Wer kann das durchsetzen?

Beck: Was wir brauchen, ist ein europäischer Willy Brandt, der den Menschen schmackhaft macht, dass finanzielle Stabilität und soziale Sicherheit in Europa nur durch europäische Solidarität erreicht werden können.

Der Soziologe Ulrich Beck ist einer der bedeutendsten deutschen Intellektuellen. Er wurde am 15. Mai 1944 in Stolp in Hinterpommern geboren. Bis zum Sommersemester 2009 war er Professor für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Derzeit lehrt er an der London School of Economics and Political Science und in Harvard. Mit Europa beschäftigt er sich seit vielen Jahren intensiv. Zuletzt erschien von ihm «Nachrichten aus der Weltinnenpolitik» im Suhrkamp Verlag.

knr/reu/news.de